



Redaktionsgespräch mit Andreas Dombret

„Die Banken können jetzt Vertrauen zurückgewinnen“

Herr Dombret, bislang wurde immer von den drei großen Herausforderungen für Banken gesprochen: Niedrigzinsen, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Ist mit dem Corona-Virus eine vierte hinzugekommen?

Ja, kurz- und mittelfristig allemal! Auch wenn die Krise dieses Mal einen gesundheitlichen Ursprung hat und im Gegensatz zu 2008 nicht von der Finanzindustrie ausgegangen ist. Eine scharfe Rezession, in der viele Volkswirtschaften bereits jetzt schon stecken, ist aufgrund des von Corona ausgehenden ökonomischen Schocks unvermeidlich mit all den immensen Risiken, die Rezessionen für Banken, Sparkassen und Versicherungen mit sich bringen. Wie schwer sie ausfällt und wie lange sie dauert, kann Ihnen zurzeit niemand seriös vorhersagen. Viel wird davon abhängen, wie lange das öffentliche Leben stillliegen muss und wie sich die Arbeitslosenzahlen entwickeln. Niedrigzinsen, Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden das Finanzsystem noch lange begleiten und die sich hieraus jeweils ergebenden Risiken sind regelrecht prägend – allemal für das ganze Jahrzehnt und teilweise auch darüber hinaus. Es ist davon auszugehen, dass die Ausbreitung des Corona-Virus deutlich früher gestoppt werden kann, aber es werden leider trotz des hoffentlich recht kurzen Verlaufs erhebliche Risiken in den Bilanzen der Banken und Versicherer zurückbleiben – eben gerade, weil anders als 2008 nahezu alle Teile unserer Volkswirtschaften betroffen sind.

Schätzen Sie die aktuelle Situation als gefährlicher ein als 2008 oder kann man das nicht vergleichen?

Diese globale medizinische Krise ist eine extrem ernste Bedrohung und es geht konkret um Menschenleben, was jeden Vergleich mit 2008/2009 verbietet. Sie meinen aber vermutlich die ökonomischen und nicht die gesundheitlichen Risiken.

Die globale Finanzkrise und ihre Folgen waren bislang mit Abstand das Gefährlichste für unser Finanzsystem und unsere Wirtschaftsordnung, was ich je miterlebt habe – und mit den Folgen haben wir zum Teil noch heute zu kämpfen. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass dieser negative Schock übertroffen werden kann, aber das geschieht jetzt leider.

Ein prognostizierter Einbruch beim BIP-Wachstum in diesem Jahr von 5 Prozent bis 15 Prozent – abhängig von vielen

ausgeprägter Angebots- und ein Nachfrageschock zusammen, und das parallel überall auf der Welt und in sehr kurzer Zeit.

Manchmal kann man schon den Eindruck haben, als ob sich die Märkte angesichts der hohen liquiden Mittel zeitweise regelrecht von der Realwirtschaft abkoppeln, um dann mit Verzögerung umso heftiger zu reagieren.

Wie gefährlich ist die aktuelle Bewertung deutscher Banken an der Börse? Wie schätzen Sie aufgrund Ihrer Erfahrung insgesamt die Stabilität des deutschen Finanzsystems in dieser schwierigen Situation ein?

Die aktuellen Bewertungen deutscher Banken – ob nun am Aktienmarkt, bei

„Es werden erhebliche Risiken in den Bilanzen der Banken und Versicherer zurückbleiben.“

Unbekannten und von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft sehr unterschiedlich – zeigt, wie groß die Gefahren tatsächlich sind.

Die aktuelle Corona-Krise ist übrigens von den Aktien- und Anleihemärkten bis Ende Februar, als die ersten Infektionszahlen in Italien und Südkorea bekannt wurden, stark unterschätzt worden. Erinnern wir uns: Vor kurzer Zeit hat der Dax noch einen historischen Höchststand gefeiert. Höchststände zu Zeiten, als das Virus in China bereits bekannt war, sind umso unverständlicher, fallen doch ein

Nachrangangehen oder bei Credit Default Swaps – sind momentan besonders starken Schwankungen unterworfen und geben mir schon sehr zu denken, auch wenn sie ein weltweites und nicht allein ein deutsches Phänomen darstellen. Allerdings ist die Ausgangssituation in Deutschland vergleichsweise ungünstig, da hier die Bewertungsniveaus im internationalen Vergleich leider schon vor den Korrekturen niedrig waren.

Die hohe Unsicherheit und damit die hohe Volatilität werden aller Voraussicht nach noch einige Zeit anhalten. Alles in



Dr. Andreas Dombret

Global Senior Advisor, Oliver Wyman, München

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzumildern, ist Handeln auf allen Ebenen notwendig. Dabei ist weiterhin die strikte Trennung von Geld- und Fiskalpolitik richtig und wichtig. Während große Unternehmen zur Not durch eine Staatsbeteiligung gestützt werden können, brauchen die vielen kleinen und mittleren Betriebe schnelle und unbürokratische Liquiditätshilfe. Die Voraussetzungen hierfür seien durch die Maßnahmenpakete der Bundesregierung und das pragmatische Handeln der Bankenaufsicht gegeben, meint der Autor. Nun liege es an den Förder- und Geschäftsbanken, die Mittel zügig zu verteilen. Das sei eine große Chance für die gesamte Branche, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Gleichzeitig wird Corona aber auch seine Spuren in den Bilanzen der Institute hinterlassen, die Folgen der Rezession werden noch viele Jahre die Ergebnisse belasten. Das ist besonders für die börsennotierten Banken kritisch, die im Vergleich zu den Wettbewerbern ohnehin schon unterbewertet sind. (Red.)


allen sind die Märkte mehrheitlich in einem klaren Risk-off-Modus, und dieser Zustand wird voraussichtlich noch so lange anhalten, bis klarere Erkenntnisse vorliegen, wann und wie es zur Eindämmung der Pandemie kommt.

Vergessen wir bei alledem aber bitte nicht: Deutschland ist wirtschaftlich vergleichsweise ein gesundes Land mit einem überdurchschnittlich leistungsfähigen Gesundheitssystem, einer gut ausgebildeten Verwaltung, einer relativ niedrigen staatlichen Verschuldung und entsprechend

guten fiskalpolitischen Spielräumen. Aussagekräftiger werden die Bewertungen der deutschen Banken erst dann wieder sein, wenn belastbare Daten darüber vorliegen, welchen konkreten Schaden die Krise in den Volkswirtschaften und bei Kreditnehmern verursacht hat – und was davon bilanzwirksam ist.

Seit der Finanzkrise haben die deutschen Banken und Sparkassen signifikant Eigenkapital aufgebaut und sind somit solide kapitalisiert, was ihnen hilft, Schocks eine gewisse Zeit auszuhalten. Eigenkapital ist „King“, und das halten die allermeisten deutschen Banken und Sparkassen in ausreichendem Maße vor. Um die Finanzstabilität ist es hierzulande somit besser bestellt als anderswo, aber wir können uns in Deutschland den internationalen Trends nur sehr bedingt entziehen. Die Erholung muss flächendeckend erfolgen.


„Um die Finanzstabilität ist es hierzulande besser bestellt als anderswo.“

 **Wie bewerten Sie den aktuellen Einbruch an den Kapitalmärkten? Wie lange wird es dauern, bis sich der Markt wieder erholt?**

Das hängt davon ab, wie schnell die Ausbreitung des Virus gebremst oder gestoppt werden kann und wie zeitnah einsetzbare Impfstoffe zur Verfügung stehen. Wir werden wohl noch eine gewisse Zeit ausgeprägte Schwankungen sehen.

Nach einer scharfen Rezession kann man hierzulande, sobald medizinische Fortschritte sichtbar werden, die Ausbreitung des Virus abklingt und die damit verbundenen Einschränkungen nachlassen, durchaus von einer zügigen konjunkturellen Erholung ausgehen. Diese Konjunkturerholung könnte anfänglich ausgeprägt ausfallen, wird dann aber vermutlich eher zu einem verhaltenen Wachstum führen, da Volkswirtschaften Zeit benötigen, um die längerfristigen Krisenfolgen nach und nach zu verarbeiten. Von Land zu Land wird diese Ent-


wicklung allemal recht unterschiedlich ausfallen.

 **Haben Europa insgesamt und die deutsche Bundesregierung zu lange gezögert und so die Verbreitung des Virus befördert?**

Das ist eine Frage, die nur Virologen beantworten können. Aus Sicht der Wirtschaft will ich aber festhalten: Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie sind massiv, aber genauso die fiskal- und geldpolitischen Antworten. Nachdem die Zentralbanken seit 2008 eine sehr expansive Geldpolitik betrieben haben, sind nun insbesondere die Regierungen zu extremen fiskalpolitischen Experimenten gezwungen.

Auf europäischer Ebene haben die EZB und die europäische Bankenaufsicht nach meiner Einschätzung adäquat reagiert,

und alles in allem bin ich mit der Reaktion unserer staatlichen Organe in Deutschland sehr zufrieden. Die Bundes- und die Landesregierungen haben Hilfsprogramme in bisher nicht gekannter Größe und Vielfalt beschlossen – und sie haben es sehr schnell getan. Jetzt ist es existenziell wichtig, dass die nachgelagerten Behörden, die Förder- und die Geschäftsbanken selber schnell und pragmatisch handeln, damit die Mittel auch zügig bei denen ankommen, die sie jetzt benötigen. Das würde dazu führen, dass trotz der Krise das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Systems erhalten bleibt. Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf das Konsumentenvertrauen wichtig.

 **Wie schätzen Sie denn als erfahrener Bankenaufseher insbesondere die Beschlüsse der europäischen Bankenaufsicht ein?**

Die proaktive Haltung der europäischen Bankenaufsicht hat mir ausgesprochen gut gefallen. Mit ihren zeitnahen Ankün-



digungen vorübergehender Maßnahmen haben mir EBA und der SSM imponiert. In Ausnahmesituationen wird zu Recht erwartet, dass die Aufsicht verantwortungsvoll und überlegt handelt. Das hat sie nach meiner Einschätzung auch getan und muss ihren Ankündigungen nun konkrete Taten folgen lassen. Bürokratische Hindernisse können wir uns aktuell nicht leisten.

Aber im Einzelnen: So hilfreich es für die Aufseher ist, jetzt auf die Stresstests der Vergangenheit zurückgreifen und hieraus wichtige Erkenntnisse ableiten zu

ken bei dieser Krise eher am Ende der Problemkette stehen, so kommen ihnen doch wichtige Aufgaben zu. Sowohl Geldpolitik als auch Bankenaufsicht haben unterstützend für das Banksystem gewirkt.



Und die Banken selbst?

Ich meine, die Banken sollten anhand proaktiver Beispiele aufzeigen, wie sie in dieser Krise Teil der Lösung sein wollen. Damit könnten sie soziale Verantwortung übernehmen und würden einen

dige. Dies bedeutet nicht, dass Risiken komplett ignoriert werden sollen, aber hohe Flexibilität ist jetzt angezeigt.

Die meisten Banken haben zudem ihre Dividenden für das vergangene Geschäftsjahr noch nicht gezahlt. Es wäre zur Stärkung der Kapitalbasis aus meiner Sicht sinnvoll, die 2019er Dividenden einzubehalten. Börsennotierte Banken könnten und sollten zudem etwaige Aktienrückkaufprogramme streichen oder herunterfahren, solange die aktuelle Situation besteht.

Keine Frage: Banken und Sparkassen sind seit jeher ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft und der Gesellschaft. Sie beweisen es allemal Tag für Tag, aber momentan ist es besonders sichtbar und wichtig.

„Die Förder- und die Geschäftsbanken müssen jetzt schnell und pragmatisch handeln.“


können, so sinnvoll war es, den diesjährigen Stresstest abzusagen und darüber hinaus Flexibilität bei den Kapitalpuffern zu beweisen. Der Ausschuss für Finanzstabilität in Deutschland hat ebenfalls reagiert und hierzulande den antizyklischen Kapitalpuffer ausgesetzt – eine sinnvolle Maßnahme im Kampf gegen die Krise. Und ich erwarte, dass man sich bei den Accounting Standards – allen voran bei IFRS 9 – ebenfalls flexibel zeigen wird, um prozyklisches Handeln in dieser Situation so weit wie irgend möglich zu vermeiden. Denkverbote scheint es in der aktuellen Situation nicht zu geben, und das ist auch gut so.

weiteren Beweis erbringen, dass sie ihre Lektion aus der globalen Finanzkrise von 2008/2009 gelernt haben. Aus Badwill kann so gesellschaftlicher Goodwill entstehen.




Was schwebt Ihnen da zum Beispiel konkret vor?

Die Lasten, die bei der Bewältigung des Corona-Schocks anfallen, werden gewaltig sein und können vernünftigerweise nicht allein von den Zentralbanken und Regierungen getragen werden. Die Banken und ihre Anteilseigner werden ebenfalls mithelfen und Solidarität zeigen müssen.

 Würden Sie auch einem Aufweichen der strikten Trennung von Geldpolitik und Fiskalpolitik durch beispielsweise die Idee des Helikoptergeldes oder andere Maßnahmen der Notenbanken angesichts der gegenwärtigen Lage zustimmen können?

Die Trennung von Geld- und Fiskalpolitik ist richtig und wichtig. Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung ist fest verankert und steht nicht infrage. Mit einer Aufweichung würde man sich mittel- und langfristig nur selbst schaden.

Helikoptergeld ist nicht gleich Helikoptergeld. Klassischerweise versteht man hierunter Transferleistungen der Zentral-

 **Wie bewerten Sie die bisherige Reaktion der EZB?**

Aus geldpolitischer Sicht bestand ebenfalls eindeutig Handlungsbedarf und der EZB-Rat hat umfassend gehandelt, ohne dabei alarmistisch aufzutreten. Die Fiskalpolitik ist zwar in besonderem Maße gefragt, die Geldpolitik aber eben auch.

Ich empfand die bisherigen Reaktionen der EZB insgesamt als angemessen. Damit leistet die EZB einen wichtigen Beitrag dazu, die ökonomischen Folgen für Menschen und Firmen bestmöglich abzufedern und sie trägt zur allgemeinen Vertrauensbildung bei. Selbst wenn die Ban-

„Die EZB trägt zur allgemeinen Vertrauensbildung bei.“

Es ist wichtig, dass Banken und Sparkassen in dieser kritischen Zeit „open for business“ sind und diesen Eindruck auch mit entsprechenden Aktivitäten unterlegen. Je unbürokratischer, umso besser – was an allererster Stelle gegenüber denjenigen gilt, die wirtschaftlich am stärksten betroffen und die ökonomisch besonders verletzlich sind – wie Klein- und Kleinstbetriebe oder Solo-Selbststän-

bank. Dies ist aber nicht angedacht. Im Gegenteil: Wenn überhaupt, dann es geht in den USA und in Deutschland um staatliche Transferleistungen.

Ich bin nicht nur Deutscher, sondern durch Geburt auch amerikanischer Staatsbürger. Daher weiß ich, dass der Sozialstaat in den USA im Vergleich zu unserem ganz anders funktioniert: Dort existieren


kein Kurzarbeitergeld sowie keine vergleichbare Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung folgt einem komplett anderen System. Insofern kann

keine Ausgangssituation und entsprechend große Verschuldungsspielräume verschafft. Und unser Finanzsystem in Deutschland ist schließlich deutlich bes-

tauchen überprüfen müssen, dass die nachgelagerten Behörden die beschlossenen Maßnahmen schnell genug und zielgenau umsetzen. Digitale Infrastrukturen können dabei sicherlich helfen.

„Helikoptergeld ist nicht gleich Helikoptergeld.“


es in den USA trotz fehlender Zielgenauigkeit durchaus Sinn machen, dass die Regierung in der aktuellen Situation einen bestimmten US-Dollar-Betrag pro Kopf der Bevölkerung auszahlt. In Deutschland hingegen würde eine solche Anregung des Konsums zum jetzigen Zeitpunkt eher verpuffen, da Konsumentenscheidungen momentan aufgrund der aktuellen Beschränkungen eher zurückgestellt werden und sich aufstauen; wenn überhaupt, werden Konsumanreize erst zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll. Jetzt unbürokratisch kleine, mittlere und Einpersonenunternehmen finanziell zu unterstützen, wie es zum Beispiel Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft vorgeschlagen hat, erscheint mir daher bei uns in Deutschland sehr viel ratsamer.

 **Wo sehen Sie die größten Gefahrenpotenziale: Für die Finanzmärkte, für mittelständische Unternehmen, für die Finanzindustrie oder gar wieder für ganze Staaten?**


Das ist von Land zu Land unterschiedlich. Hierzulande müssen vor allem die mittelständischen und kleinen Firmen sowie die Solo-Unternehmer unterstützt werden. Aber auch einzelne Dax-Unternehmen wie die Lufthansa brauchen Hilfe, wenn 95 Prozent ihrer Flugzeuge am Boden bleiben müssen. In wohlbegründeten Einzelfällen kann der Staat meines Erachtens auch vorübergehend in das Eigenkapital betroffener Unternehmen investieren.

Und der Bund hat die finanziellen Mittel dazu. Denn jetzt zahlt sich aus, dass der deutsche Staatshaushalt in Zeiten guter Konjunktur über Parteigrenzen hinweg Jahr für Jahr nachhaltig konsolidiert wurde, was Deutschland eine relativ vorteil-

ser aufgestellt als vor der letzten Krise, was ich als beruhigend empfinde.

 **Ab welchem Zeitraum des Ausnahmezustandes befürchten Sie ernsthaftige Auswirkungen auf die Wirtschaft?**

Die Auswirkungen sind bereits jetzt nicht zu übersehen und werden sich leider weiter deutlich verschärfen.

 **Reichen die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung aus, um eine Pleitewelle zu verhindern? Was sollte die Bundesre-**

gierung aus Ihrer Sicht tun, um die Wirtschaft zu stützen?


In dieser existenzbedrohenden Phase ist entschlossenes Handeln angesagt und die Bundesregierung ist hierzu bereit, wie zum Beispiel der am Montag beschlossene Nachtragshaushalt von 156 Milliarden Euro beweist. Entscheidend aus ökonomischer Sicht ist jetzt, Insolvenzen, die aufgrund der Pandemie bei eigentlich gesunden Unternehmen drohen, kurz- und langfristig möglichst zu vermeiden. Hierbei stellt das Kurzarbeitergeld eine wichtige Maßnahme dar. Des Weiteren sind aus meiner Sicht zügig zur Verfügung gestellte staatliche Kreditfazilitäten mit langfristigen Rückzahlungshorizonten sowie Liquiditätshilfen von immenser Bedeutung. Und all dies muss sehr rasch bei den Betroffenen ankommen. Die Politik wird in den kommenden Tagen und Wo-

All diese Maßnahmen, die sehr zeitnah erfolgen und die in dieser dynamischen Situation sicherlich regelmäßig angepasst werden müssen, haben nach meiner Einschätzung die realistische Chance, eine Pleitewelle in Deutschland kurz- und langfristig einzudämmen.

Die Lockerung der Schuldengrenze ist meines Erachtens angesichts der Ernsthaftigkeit der Lage gerechtfertigt. Die hohe Bonität Deutschlands an den internationalen Kapitalmärkten macht eine solche Neuverschuldung durchführbar, und das niedrige Zinsniveau macht sie tragbar. Wichtig ist aber ein gemeinsames Verständnis, nach der Corona-Krise zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder Haushaltsdisziplin walten zu lassen und zur Politik der Haushaltskonsolidierung zurückzukehren. Gleiches gilt für mögli-

„Jetzt müssen die mittelständischen und kleinen Firmen sowie die Solo-Unternehmer unterstützt werden.“

che Verstaatlichungen. Aus meiner Sicht gilt: In Sondersituationen muss entsprechend gehandelt werden. Aber es gilt leider auch: Nach der Krise ist vor der Krise.

 **Herr Dombret, vielen Dank für dieses Interview.**

Dr. Andreas Dombret, Mitherausgeber dieser Zeitschrift, war Banker bei der Deutschen Bank, JP Morgan, Rothschild und der Bank of America, bevor er 2010 als erster Banker in den Vorstand der Deutschen Bundesbank bestellt wurde. Seit seinem Ausscheiden im Mai 2018 hält er Vorlesungen an der European Business School und der Columbia University und berät unter anderem die internationale Unternehmensberatung Oliver Wyman, die Sumitomo Bank in Tokio, das Research-Haus Autonomous in London und das Fintech Deposit Solutions in Hamburg. Im vergangenen Jahr erschien im Fritz Knapp Verlag eine Dokumentation seiner Amtszeit bei der Bundesbank mit dem Titel „Stabile Banken in herausfordernden Zeiten“.